



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/143

17. Oktober 1949

Der Wille zur Einheit war stärker

Die erste Flut der Kommentare und Berichte vom Kongress der Gewerkschaften in München ist vorüber. Sie beschäftigten sich fast ausschliesslich mit den äusseren Erscheinungen der Tagung, den Reden und sichtbaren Ergebnissen, ohne den Hintergrund aufzuhellen. Jedoch die Eingeweihten haben mit gespannter Aufmerksamkeit, wenn auch ohne Sorge nach München geblickt. Sie erwarteten mehr. Ihre Spannung war begründet in Differenzen, die sich aus einer verschiedenartigen regionalen Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Dachorganisationen, der Bünde, aus politischen und konfessionellen Bekenntnissen der Mitgliedschaft, den auseinandergelassenen Auffassungen über die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Einzelgewerkschaften und natürlicherweise auch aus personellen Erwägungen ergaben. Diese Differenzen standen aber in keinem beachtlichen Verhältnis zu dem Willen der Delegierten, den Zusammenschluss zu vollziehen. Das geschah demonstrativ und ohne Debatte.

Damit sind die angeführten Strömungen jedoch nicht völlig eingedämmt. Sie waren und bleiben Bewegungsmomente gewerkschaftlicher Entwicklung und Beobachtungsobjekte aller gewerkschaftlich interessierten Kreise.

Nach den Reden auf den Auflösungskongressen mochte man aus Süddeutschland eine besondere Betonung der regionalen Souveränität erwarten. In München zeigte sich, dass diese zum Teil von den Besatzungsmächten genährten föderativen Bestrebungen vor den Erkenntnissen gewerkschaftlicher Notwendigkeiten völlig untergingen. Das ist besonders bei den Vertretern der französischen Zone beachtlich, denen die

Besatzungsmacht nach dem vergeblichen Versuch, die Beschickung des Kongresses zu verhindern, dringliche Wünsche auf die Wahrung ihres föderativen Charakters mitgegeben hatte. Aus Württemberg-Baden und Bayern wurden stärkere Vorstösse in Richtung einer massgeblichen Berücksichtigung in der Besetzung der führenden Positionen des neuen Bundes erwartet, womit hier das Problem auf den personellen Sektor verlagert war. Die britische Zone lag von vornherein in günstiger Position, da hier nicht nur das Schwergewicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft liegt, sondern auch der überwiegende Teil der Einzelgewerkschaften ihren Sitz hat.

Schon hieraus resultierte die Entscheidung des Kongresses über den vorher heiss umstrittenen Bundessitz. Die knappe Entscheidung für Düsseldorf war sachlich mit dem Vorhandensein aller technischen Einrichtungen, insbesondere aber mit den sich im Rhein-Ruhr-Revier zusammenballenden wirtschaftspolitischen Problemen und Auseinandersetzungen begründet. In diese Frage, wie später noch einmal bei der personellen Besetzung des Bundesvorstandes, griff Hans Böckler in die Debatte mit dem Gewicht übergeordneter gewerkschaftspolitischer Gesichtspunkte ein. Er setzte sich durch.

Eine bedeutsame Vorentscheidung des (VAG) "Vorbereitenden Ausschusses der Gewerkschaften" für die Vereinigung hatte das wichtigste Problem des Kongresses schon vorher geregelt, die Verteilung des Beitragsaufkommens zwischen Bund und Gewerkschaften. Hier haben die grossen Einzelgewerkschaften, die im VAG grösstes Gewicht hatten, ihre Auffassung durchgesetzt und eine Entwicklung rückgängig gemacht, die 1945 neu begann. Die bisherigen Gewerkschaftsbünde waren in Einzelgewerkschaften (Industriegewerkschaften) aufgegliedert, die 65% des Beitragsaufkommens erhielten, während 35% bei den Bünden verblieben. 20% dieses Bundesanteils sollten der Errichtung einer einheitlichen Unterstützungseinrichtung für alle Gewerkschaftsmitglieder dienen und wurden in einem Fonds angesammelt. Nach dem nun vom VAG gefassten und vom Kongress stillschweigend akzeptierten Beschluss erhält der neue DGB nur 15% des Beitragsaufkommens für seine speziellen "allen Gewerkschaften gemeinsamen" Aufgaben. Die bisher angesammelten Beträge des Unterstützungsfonds müssen den Einzelgewerkschaften anteilig zurückerstattet

werden.

Der Kampf um dieses Problem liess sich in München nicht ganz vermeiden. Die Delegierten entschieden in einer Kampfabstimmung entgegen der Auffassung der Gewerkschaftsvorstände, dass der "Bund" für alle Gewerkschaften bindende Richtlinien zur Einrichtung einheitlicher Unterstützungsarten und -sätze auszuarbeiten habe. Es geht hier um das Prinzip der Solidarität einerseits und zum anderen um die Gefahr einer das Ganze schädigenden Konkurrenz durch verschiedenartige Unterstützungen.

Die Diskussion um die Angestelltenorganisation nahm erwartungsgemäss einen breiteren Raum ein. Die heikle Frage einer Aufnahme der DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) in den Bund wurde durch die Annahme von vorbereiteten "Richtlinien für die Angestelltenarbeit im DGB" und die Annahme eines Satzungsparagraphen entschieden, der die Aufnahme sogenannter konkurrierender Gewerkschaften ausschliesst. Trotzdem wird in einer Entschliessung von den Delegierten die Bildung eines besonderen Ausschusses verlangt, der diese Frage noch einmal besonders überprüfen soll und gegebenenfalls Verhandlungen mit der DAG vorbereitet.

Das Prinzip der politischen und konfessionellen Neutralität, von den Gewerkschaften sonst eifersüchtig gegen jede Verletzung bewacht, durchbrach ausgerechnet Dr. Hans Böckler, als es um die Besetzung des geschäftsführenden Vorstandes ging. Er erklärte, die Nominierung der Frauenreferentin Thea Harmuth beruhe unter anderem auf seiner Absicht, den christlichen Flügel innerhalb der Gewerkschaften mehr als bisher zu berücksichtigen und ihm im Kampf um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen in den christlichen politischen Parteien mehr Gewicht zu geben. Diese Begründung rief einigen Widerspruch hervor und nur dem Vertrauen zu seiner Loyalität und der Achtung vor seiner Person hat er den Sieg auch in diesem Punkte zu verdanken.

Über den mehr oder minder geschickten Versuch einiger kommunistischer Delegierten, den FDGB der Ostzone und den Weltgewerkschaftsbund kommunistischer Prägung in die Debatte zu ziehen, ging der Kongress zur Tagesordnung über und beschloss satzungsgemäss den Anschluss an den neu zu gründenden internationalen Gewerkschaftsbund. So sind scharfe Auseinandersetzungen auf diesem Kongress ausgeblieben und er bot im Ganzen das Bild einer eindrucksvollen Demonstration der deutschen Arbeiterschaft für ihren Willen zur Konzentration aller Kräfte im neuen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Auch Frankreich schwankt

(Von Alfred Frisch, Paris)

Grundsätzlich besteht Frankreich nach wie vor auf der Durchführung des letzten alliierten Abkommens über die Demontagen in Westdeutschland und lehnt jeden Demontageverzicht als unbillig ab. Es ist aber immerhin bemerkenswert, dass der Generalsekretär des französischen Aussenministeriums, Parodi, unlängst in einer öffentlichen Ansprache bereits die psychologische Zweckmässigkeit der Demontage in Frankreich gestellt hat. Dazu kommt jetzt die Kehrtwendung des amerikanischen Hochkommissars in Deutschland und die schwankende Haltung des Foreign Office, so dass sich Frankreich die Frage stellt, wie lange es sich noch einem neuen Demontageverzicht zu widersetzen vermag.

Die Bildung der Ostregierung hat die französische Stellung nicht unwesentlich geschwächt. Der Quai d'Orsay befürchtet, dass sich eine Politik der Amerikaner andahnen werde, jeden möglichen Sowjeteinfluss in Westdeutschland durch genügendes Entgegenkommen der Bundesregierung gegenüber unmöglich zu machen. Man ist sich in Paris sehr wohl der Tatsache bewusst, dass Frankreich auf die Dauer nicht in der Lage ist, einer derartigen amerikanischen Politik seine eigenen Anschauungen wirkungsvoll entgegenzusetzen. Im entscheidenden Augenblick ist infolgedessen mit einem französischen Nachgeben zu rechnen, wenn auch der Quai d'Orsay schon aus rein innenpolitischen Rücksichten so lange wie nur möglich seiner jetzigen Haltung treu bleiben wird.

Wahrscheinlich wird Frankreich zur Beruhigung seiner öffentlichen Meinung für einen weiteren Demontageverzicht auf gewissen Entschädigungen bestehen. Nach hiesiger Ansicht sind die Demontagen sowohl eine Sicherheitsmassnahme wie eine Reparationsleistung. Für die ausfallenden Reparationen dürfte man daher von Deutschland einen Ersatz in Form von Lieferungen aus der laufenden Produktion verlangen.

PV am 22. und 23., Sozialausschüsse am 30. Oktober

---

(sp) Die nächste Vorstandssitzung der SPD wird am 22. Oktober vormittags 10 Uhr im Fraktionsitzungssaal in Bonn beginnen, sie soll am Sonntag, 23. fortgesetzt werden. Auf der Tagung steht als erster Punkt die Stellungnahme zur allgemeinen politischen Situation, wie sie sich vor allem durch die Bildung der Ostzonen-Regierung und ihr Verhältnis zur Deutschen Bundesregierung, die Berlin-Frage und einige andere wichtige Probleme darstellt.

Am 30. Oktober wird in Köln-Sülz der Sozialpolitische Ausschuss des Vorstandes der Partei zusammentreten. An den Beratungen werden die Mitglieder der Sozialpolitischen Ausschüsse der Bezirke und die sozialpolitisch besonders interessierten Mitglieder der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen teilnehmen. Das Hauptreferat wird Dr. Schumacher halten.

- - - - -

#### Steigende Arbeitslosigkeit befürchtet

sp. In diesen Tagen ist bei den Beratungen der Arbeitsminister der deutschen Länder in Bonn erneut sehr nachdrücklich die Gefahr einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit zutagegetreten. Dabei ist als Ursache für diese Entwicklung weniger auf saisonbedingten Rückgang als auf die sehr bedenklichen Anzeichen einer konjunkturellen Verschlechterung der allgemeinen Lage hingewiesen worden.

Die Erkenntnisse dieser Konferenz sollten als ein weiteres Alarm-signal gegen die Fortführung der Frankfurter Wirtschaftspolitik und als Beweis für die Notwendigkeit einer aktiven Konjunktur- und Vollbeschäftigungspolitik gewertet werden. Man hat auch bei Gelegenheit dieser Konferenz wieder bestätigt gefunden, wie sehr den Arbeitsministern in den Ländern die Hände durch die Wirtschaftspolitik Prof. Erhards gebunden sind.

Es ist zu erwarten, dass sowohl das Bundesarbeitsministerium wie auch der Arbeitsausschuss des Bundesrates mit dem Gewerkschaftsbund alle künftigen Massnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit und der Abwendung ihrer schlimmsten sozialpolitischen Folgen besprechen und nichts ohne Berücksichtigung der Gewerkschaften unternehmen werden.

Unter dieser Voraussetzung wird die Forderung der Arbeitsministerkonferenz nach sofortiger Bildung des Bundesarbeits- und sozialgerichtes als eine schwerwiegende Vorsichtsmassnahme zur Vermeidung ernsthafter Auseinandersetzungen zwischen Bundesregierung und Arbeitnehmerschaft betrachtet.

- - - - -

(m/1/171A/1/he)

Was Hamburg lehrt  
 =====

(sp) Will man den Wahlsieg der Hamburger SPD in seiner vollen Bedeutung erkennen, dann muß man noch einmal in den Wahlkampf zurückschalten: "Die sozialistische Diktatur in Hamburg zu brechen und die Bonner Regierungskoalition auch in Hamburg in den Sattel zu heben" - das war das Vorhaben, das neben einheimischen Gegnern der SPD so prominente Bonner wie Adenauer, Blücher, Erhard, Schäffer und Hellwege siegessicher verkündet hatten.

Lügen und aufreizende Plakate wie etwa der Art "Zerschlagt den SPD-Terror" und die Konzentration einer aus wohlgefüllten Kassen gespeisten Propaganda im Goebbels-Stil zeitigten allerdings in den letzten Stunden vor der Wahl einige für ihre Initiatoren unerwartete Rückwirkungen: der zur FDP gehörende Bürgermeister Koch sagte sich öffentlich von den Verleumdern los und auch andere massgebende Mitglieder der FDP wandten sich gegen diese Auswüchse.

Die Bevölkerung von Hamburg hat sich von diesen werkwürdigen Wahlkampfmethoden nicht beirren lassen. Sie sind kühle Rechner, die Hamburger, und sie haben Soll und Haben der bisherigen Senatsarbeit gegeneinander abgewogen. Das Ergebnis dieser Rechnung ist, dass die SPD, in Prozenten ausgedrückt, heute besser dasteht als zur Bundestagswahl vor zwei Monaten und dass sie mit 65 von 120 Mandaten der Bürgerschaft die Regierungsgeschäfte mit dem gleichen Vertrauen ausgestattet fortsetzt, von dem sie bisher getragen wurde. Das ist nach drei Jahren Verantwortung ein Votum, das sich sehen lassen kann.

Über den lokalen Rahmen hinaus hat die Hamburger Wahl eine besondere Bedeutung. Das starke Aufgebot von Bundesministern während des Wahlkampfes liess erkennen, dass in Hamburg die Wähler von einem eingebildeten Glanz der Bonner Regierung und von einer vorgetäuschten Stärke der Bonner Koalition bestochen werden sollten. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Die Blamage ist umso grösser, als man das Ziel - Entthronung der SPD - allzu laut auch in jene Gebiete hinausschallen liess, die mit den Hamburger Wahlen nichts zu tun haben. Das Hamburger Wahlergebnis ist somit nicht nur ein Sieg der SPD, es ist zugleich

17. Oktober 1949

eine einschneidende Absage an die Ansprüche der Bonner Koalition, Vorschusslorbeern ernten zu wollen.

Am Rande sei der weitere Rückgang der KP verzeichnet. Sie hat verzweifelte Anstrengungen gemacht, nach der Proklamierung der ostdeutschen Regierung mit persönlichen Direktiven des Propagandaministers Eissler ihr Schicksal zu wenden. Herr Eissler hat sich vergeblich angestrengt. Der langsame, aber sichere Auflösungsprozess der Hamburger KP lässt sich an den einzelnen Wahlergebnissen ablesen. Noch 1946 errang die KP 10,4% aller abgegebenen Stimmen; im August 1949 waren es nurmehr 8,5% und heute 7,4%. Es ist nicht zu erwarten, dass die KP noch allzu viele Wahlen überlebt. So deklariert sich das Wahlergebnis von Hamburg als ein Sieg des gesunden Menschenverstandes gegen alle Extreme von links und rechts. (m/2/1710/2/he)

#### Erich Ollenhauer zum Hamburger Wahlsieg

Erich Ollenhauer, der zweite Vorsitzende der SPD, erklärt zum Wahlsieg von Hamburg:

"Der Wahlsieg der SPD in Hamburg ist der Beweis für die Richtigkeit der Politik unserer Partei in der Hansestadt. Die klare und eindeutige Haltung der SPD als Oppositionspartei zur Bundesregierung und der fair durchgeführte Wahlkampf haben einen nicht geringen Teil der bürgerlichen Wähler von dem Wert sozialdemokratischer Politik überzeugt. Ich hatte vor der Wahl 41 % der Stimmen für die SPD erwartet, trotz des ungünstigeren Wahlsystems konnte die SPD die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft behaupten. Ich bin überzeugt, dass die Hamburger Sozialdemokraten das Vertrauen der Wählerschaft rechtfertigen werden."

SPD-ERFOLG BEI OPEL: Die SPD konnte bei den Betriebsratswahlen der Opelwerke in Rüsselsheim einen grossen Wahlerfolg erringen. Sie erhielt 16 Sitze gegen 6 vor einem Jahr, CDU 5 Sitze gegen 2, 1 Parteiloser und zwei KPD (gegen 17 im vorigen Jahr) (m/1710/1/Bl/he)